

Correspondent

Erscheint

Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXX.

Leipzig, Mittwoch den 13. Juli 1892.

№ 81.

Breslau und Stuttgart.

Zwei für das Buchdruckgewerbe wichtige Generalversammlungen liegen hinter uns. Am 19. Juni tagten in Breslau die Delegierten des Deutschen Buchdrucker- (Prinzipal-) Vereins und am 1. Juli in Stuttgart die Delegierten der organisierten Gehilfen. Beide Versammlungen haben eine erfreuliche Klärung für das gesamte Gewerbe gebracht und es lohnt sich wohl der Mühe, denselben eine kurze Betrachtung zu widmen.

Sehr heftig gerieten die Prinzipale an einander und in der wichtigen Tarifffrage waren die Meinungsverschiedenheiten so wesentlich, daß der Vorstand des D. B. V. sich gezwungen sah, dem Gerechtigkeitsgefühl der Versammlung Konzeptionen zu machen und den eingenommenen Standpunkt der Vergewaltigung der Gehilfenschaft zu verlassen. Es ist aber auch verständlich, wenn Herr Klinkhardt und seine Ratgeber eine herbe Kritik erfuhren, denn ein Ehrenblatt hat sich die Leitung des D. B. V. nicht gepflückt.

In dem Bestreben, die Heldenthaten der Führer ins rechte Licht zu stellen, plaudert der Geschäftsbericht des Vorstandes so manches aus, was vielen Mitgliedern des D. B. V. die Augen öffnen mußte. Der Gehilfenschaft wird in dem erwähnten Berichte das Zeugnis ausgestellt, daß sie stets bereit war zu friedlichen Verhandlungen, nur der Vorstand des D. B. V. wollte keinen Frieden! Drei Vermittelungsversuche unparteiischer Männer wurden unternommen, die Gehilfenschaft war bereit, bedingungslos in Unterhandlungen zu treten und sich event. dem Urteile des Unparteiischen zu fügen, einem derartigen Urteile glaubte jedoch der Vorstand des D. B. V. seine Sache nicht unterstellen zu können und lehnte jede Vermittelung ab, selbst dem preussischen Herrn Handelsminister gegenüber dokumentierte Herr K. seine von ihm so oft betonte „Friedensliebe“, indem er ein bedingungsloses Eintreten in Verhandlungen zurückwies. — Es ist wohl anzunehmen, daß der Herr Minister seine Schlussfolgerungen aus dieser Stellungnahme der Herren Klinkhardt und Ramm gezogen hat; der jüngst ergangene Erlaß, betreffend die sanitären Verhältnisse im Buchdruckgewerbe, beweist, daß den Gründen der Gehilfenschaft für Verkürzung der Arbeitszeit an maßgebender Stelle doch Beachtung geschenkt wurde.

Die wahre Natur des Vorstandes des Prinzipalvereins dokumentiert sich jedoch in dem in Rede stehenden Berichte recht deutlich, wo derselbe mit Behagen die Erfolge der gegen die Gehilfenschaft unternommenen Denunziationen erwähnt. Zur Charakterisierung des hohen „Gerechtigkeitsfinnes“ der Prinzipalleitung führen wir nur an, daß der Bericht zwar feststellt, daß

die das Verbot der Erhebung von Extrasteuern und Auszahlung von Streikunterstützungen aussprechende Verfügung der Aufsichtsbehörde vom Bezirksausschuß aufgehoben wurde, immerhin aber sei der beabsichtigte Zweck erreicht worden. Man spricht also offen aus, daß der Gehilfensorganisation zwar unrecht geschehen, der erwünschte Zweck jedoch erreicht ist. Der Zweck heiligt die Mittel! Daß diese Grundsätze auf Opposition stießen, konstatieren wir mit Genugthuung. Mit Hilfe des wirklich friedliebenden Teiles der Prinzipale dürfte es gelingen, trotz aller Machinationen wiederum stabile Zustände im Gewerbe zu schaffen!

Daß die Gehilfenschaft zu jeder Zeit die Hand zum Frieden bot, mußte — wie bereits erwähnt — selbst der Bericht des Vorstandes des D. B. V. anerkennen und auch die letzte Generalversammlung des U. B. D. V. verhielt sich diesem stets bekundeten Einigungsbemühen getreu.

Die organisierten Gehilfen haben stets nur Hindernisse in ihrem Bemühen, dem Gewerbe zu dienen und Humanität zu üben, gefunden. Jetzt war es wiederum die Behörde, welche die Organisation durch unerfüllbare Forderungen zwang, sich in eine andre Form zu kleiden; ein Verdienst, welches dem „Sozialpolitiker“ Dr. Schmidt gebührt; ob die Umwandlung im Interesse seiner Auftraggeber liegt, wird ja die Zukunft lehren. Erfreulicherweise ist die organisierte Gehilfenschaft gewöhnt, sich nach jeder Richtung hin mit Schwierigkeiten abzufinden; das ruhige Urteil wird dadurch nicht getrübt und die Stuttgarter Generalversammlung hat dies wieder glänzend bestätigt. In ruhiger, sachlicher Weise wurde die Tarifffrage erörtert und die angemessene Resolution widerlegt schlagend die Behauptung der kampflustigen Gegner, daß der U. B. D. V. friedlichen Vereinbarungen nicht zugänglich sei. Es wird sich nun zeigen, welche Strömung im Prinzipalager die Oberhand gewinnt; will man einen ehrlichen Frieden unter Anerkennung gleicher Rechte und gleicher Pflichten für beide Teile, so wird die organisierte Gehilfenschaft eingegangene Verpflichtungen gern erfüllen; werden die Gegenseitigen jedoch weiter verschärft, dann mache man aber auch jene Personen für die Konsequenzen verantwortlich, die die Jetztzeit und ihre Aufgaben durchaus nicht verstehen lernen!

Eine glänzende Rechtfertigung

des Buchdruckerstreiks, schreibt der Vorwärts, muß der Erlaß des preussischen Handelsministers genannt werden, der die Unterbehörden zur Berichterstattung über die Arbeitszeit und Gesundheitsverhältnisse in Buchdruckereien auffordert. Da wird ausdrücklich auf die gesundheitsgefährlichen Einflüsse dieser Unternehmungen hingewiesen, welche

die kolossale Verbreitung der Lungenschwindsucht unter den Buchdruckern verursachen und da wird bereits die Möglichkeit einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit in den Buchdruckereien und Sezereien auf Grund des § 120 e der neuen Gewerbeordnung ins Auge gefaßt.

Das endliche Vorgehen der Behörden ist sicher zu einem Teil auch durch die Berichte der preussischen Fabrikinspektoren für 1891 veranlaßt worden, denn einige dieser Herren haben wohl bei Gelegenheit des Streiks den Unrat in den Buchdruckereien gemerkt. Man höre z. B. den Inspektor für Ost- und Westpreußen:

Beim Besuch eines nicht unbedeutenden Druckereibetriebes stellte ich fest, daß wegen Arbeitshäufung bereits zwei Monate lang acht junge Mädchen bzw. Knaben unter sechzehn Jahren von früh 7 bis abends 9 Uhr, d. i. also ausschließlich der Pausen zwölf Stunden täglich arbeiteten. Da ähnliche Unregelmäßigkeiten in dem fraglichen Betriebe schon mehrmals beobachtet waren, so wurde die gerichtliche Befragung des Besitzers beantragt. Hierüber führte dieser beim Herrn Regierungspräsidenten Klage mit der Begründung, daß er nur deshalb die jugendlichen Arbeiter über 10 Stunden hinaus beschäftigt habe, weil eilige Lieferungsaufträge für Behörden zu erledigen gewesen wären. Daß Abweichungen von den Vorschriften des § 136 der Gewerbeordnung nur bei Unglücksfällen und wenn Naturereignisse den Betrieb unterbrochen haben, zulässig sind, schien diesem Druckereibesitzer nicht bekannt zu sein. Ein anderer Druckereibesitzer glaubte sich berechtigt, während des Sezerausstandes seine 8 bis 10 jugendlichen Lehrlinge unter 16 Jahren von früh 6 bis abends nach 9 Uhr, also ausschließlich der Pausen etwa 12 bis 13 Stunden, beschäftigen zu dürfen. Obwohl ihm bei Gelegenheit einer auf Grund einer Anzeige erfolgten Befichtigung von mir bedeutet wurde, daß diese Gesetzeswidrigkeit nicht mit dem Ausstände der Schriftgießer entschuldigt und fernerhin nicht geduldet werden könne, sah er sich doch nicht veranlaßt, eine Aenderung eintreten zu lassen, so daß der Zwangsweg beschritten werden mußte, um dem Gesetze Geltung zu verschaffen.

Kann der „gesetzliche Sinn“ des Buchdruckereibesitzers, von dem die Presse derselben während des Streiks so viel gefaselt hat, sowie ihre Gesinnungslosigkeit gegenüber der Gesundheit jugendlicher Arbeitskräfte in ein schöneres Licht gestellt werden als durch diese Berichtsstelle? Ebenso bemerkt der Gewerberat für Posen:

Eine ähnliche Verletzung zur Ueberschreitung der vorgeschriebenen Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter liegt in dem oft unvermeidlichen Unregelmäßigkeiten und Störungen ausgefetzten Betriebe der Druckereien. Auch hier wurden Uebertretungen der genannten Art festgestellt.

Mehr erraten als deutlich erkennen lassen sich analoge Mißstände aus folgender Stelle des amtlichen Berichts für Berlin und Charlottenburg:

Die Einstellung der Arbeit seitens einer großen Anzahl von Buchdruckern hatte einige Buchdruckereibesitzer veranlaßt, dahin vorstellig zu werden, daß ihnen gestattet werde, die jugendlichen Arbeiter in einer ausgedehnteren Weise als in der Gewerbeordnung gestattet ist auch während der Nachtzeit zur Arbeit heranzuziehen. Diese Anträge sind abgewiesen, auch ist die Aufsicht über die Buchdruckereien verschärft und mehr als sonst auf die Nachtzeit ausgebehnt worden.

Derfelbe Beamte konstatierte 80 Unfälle, die allein im Jahr 1891 an Buchdruckpressen vorkamen und auf einen sehr mangelhaften Zustand der Schutzvorrichtungen trotz der berühmten Buchdrucker-Berufsgenossenschaft schließen lassen. Wie sehr bisher auch die Polizei ein Auge bei den großherrlichen Buchdruckern zudrückte, ergibt sich aus folgender Bemerkung des Inspektors für Hannover:

Die bei den Besichtigungen vorgefundenen Verstöße bestehen zum größten Teil im Fehlen der Ausbänge (Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter und Auszug aus der Gewerbe-Ordnung) und, wenn sie vorhanden sind, in ungenügender oder auch unrichtiger Ausfüllung. In einzelnen Fällen waren Arbeitszeit und Pausen unrichtig angegeben und die Verzeichnisse trotzdem mit Besichtigungsvermerk der Polizeibehörde versehen.

Und damit man annähernd merkt, in welcher Ausdehnung überhaupt die Buchdruckereibesitzer junges Menschenfleisch zu verwenden verstehen, teilt der Gewerberat für Breslau und Liegnitz mit:

Neben diesen als günstig zu bezeichnenden Verhältnissen wurden immerhin auch einzelne kleine Unlagen, insbesondere Druckereien antgetroffen, in denen die Anzahl der Lehrlinge, d. h. jugendlichen Arbeiter zu der der erwachsenen Arbeiter in keinem richtigen Verhältnisse stand, sondern zu viel Lehrlinge vorhanden waren.

Was für den Westen ergänzt wird durch die Feststellung des Aufsichtsbeamten in Kassel, der in den Buchdruckereien seines Bezirks nicht weniger als 17,8 Proz. jugendliche Arbeiter fand. Mehr an der Peripherie dieses Kreises, den Profitwut und Ausbeutungssucht zieht, liegen dann noch zwei andere Mitteilungen. Aus Magdeburg wird amtlich berichtet:

Das Arbeiten an Druckerpressen, welche zur Herstellung von Bronzebrud, sogen. Goldschrift, dienen, setzt die Arbeiter der Gefahr aus, den feinen Metallstaub einzuatmen, der äußerst schädlich auf die Lungen wirkt. In einer Buchdruckerei fand ich eine zweckmäßig eingerichtete Presse, bei welcher das Verstäuben dadurch wirksam verhindert war, daß die Maschine gänzlich in einen Glaskasten eingebaut war, der nur eine schmale Öffnung zur Einführung des Papiers besaß.

In einer Buchdruckerei — die anderen hatten kein Geld für solch „überflüssige“ Schutzvorrichtungen. Und im Berichte für Frankfurt a. D. und Potsdam finden wir folgende Stelle:

In einer Buchdruckerei verunglückte ein mit Bedienung des Heißluftmotors betrauter 15½ Jahre alter Lehrling dadurch, daß er behufs Stillstellung des Motors nach Anziehung der Bremse verdrückte, das Schwungrad mit der linken Hand aufzuhalten. Hierbei geriet sein linker Vorderarm zwischen Schwungrad und Grube und wurde so erheblich zerquetscht, daß es erst nach Losschraubung und Hebung des Schwungrades gelang, ihn zu befreien. Auch in noch weiteren Fällen mußten ähnliche ungewöhnliche Beschäftigungen jugendlicher Arbeiter gerügt werden. Unter keinen Umständen sollten daher jugendliche Arbeiter ohne Aufsicht erfahrener Personen an größeren oder gefährlicheren Maschinen beschäftigt werden.

Um vielleicht 3 bis 4 Mk. in der Woche zu sparen, wird statt eines erwachsenen und maschinenkundigen Arbeiters ein armer Junge von 15 Jahren an den Motor „zur Bedienung“ gestellt.

Gleichzeitig beweist diese Zusammenstellung aus den Berichten der preussischen Inspektoren aber, daß ganze Arbeit gemacht werden muß, nicht halbe, wie der preussische Handelsminister will. Die bloße Säuberung der Buchdruckereien von hygienischen Mißständen, für welche übrigens der Aufsichtsbeamte zu Posen eine Reihe von Gesichtspunkten aufgestellt hat, die wir nachstehend folgen lassen, genügt nicht. Es sind zahlreiche soziale Mißstände, namentlich bezüglich der jugendlichen Arbeiter zu beseitigen und der preussische Handelsminister muß auch diese Aufgabe in Angriff nehmen, wenn er nicht bei den Buchdruckern ähnliche Erfahrungen machen will wie bei den Vergararbeitern.

Ueber die gesundheitlichen Verhältnisse in den Buchdruckereien schreibt, wie schon oben bemerkt, der Gewerberat für die Provinz Posen in seinem Jahresberichte:

Klagen über die im vorjährigen Buchdruckerausstände bekanntlich geltend gemachten ausnahmsweise häufigen Erkrankungen der Buchdrucker an Lungenübeln sind bis dahin nicht zu meiner Kenntnis gekommen. Es ist freilich nicht zu verkennen und wird weniger von den Gewerbetreibenden als von den Arbeitern bestätigt, daß das Buchdruckergewerbe manchen gesundheitschädigenden Einflüssen unterworfen ist. Es gehören dahin:

1. Die durch das Lichtbedürfnis der Buchdrucker, insbesondere der Sezer, veranlaßte große Zahl von Lampen und die dadurch erzeugte trodrene Luft von hoher Temperatur.

2. Der metalloxydhaltige in den Kästen und auf dem Boden der Arbeitsräume sich ansammelnde Staub, von dem auch die geschwächtesten Wände und Decken der kleinen Druckereien oft genug Zeugnis geben.

3. Daneben — wenigstens teilweise — kleine, niedrige und öfters noch unvollständig gelüftete Räume.

4. Die zeitweise nächtliche Ueberarbeit.

5. Der schädliche Einfluß der unausgeseht die gespannteste Aufmerksamkeit erheischenden Art der geistig und körperlich gleich anstrengenden, nur im Stehen verrichteten Sezerarbeit.

6. Die in der Natur des Betriebes liegende Schwierigkeit, entstehende Krankheiten durch zeitweise Unterbrechung der die körperliche Schädigung veranlassenden Einflüsse zu heilen.

7. Die gesundheitschädigende Gewohnheit mancher Arbeiter, beim Schriftsetzen die Fingerspitzen durch Anlecken zu befeuchten, welche bei dem gemeinsamen Gebrauche mancher Sorten Lettern nicht allein zur Vergiftung durch die schädlichen Metalloxyde, sondern wohl auch zur Uebertragung von Injektionskrankheiten, insbesondere auch Lungenkrankheiten führen kann.

Glücklicherweise sind es nicht immer sämtliche — sondern je nach den Räumen und der Art der Beschäftigung — meist nur einzelne dieser Momente, die auf den einzelnen Arbeiter ihren schädigenden Einfluß ausüben. Der größte Teil aller dieser Schädigungen läßt sich un schwer durch zweckentsprechende Maßnahmen beseitigen. Dazu gehört die Forderung folgender Einrichtungen:

1. Gräumiger, mindestens 10 cbm Luftraum bietender Arbeitsstätten von mindestens 3 m Höhe mit Zulassung ähnlicher Ausnahmen wie für Zigarrenfabriken.

2. Geeigneter Lüftungsvorrichtungen, einer hinreichenden Anfeuchtung der Luft, täglicher feuchter Reinigung der Werkstätten und Möbel einschließlich der Sezerfäßen.

3. Unmittelbarer Abführung der Lampengase durch Rohre ins Freie oder elektrische Beleuchtung.

4. Der Herrichtung von zwangsweise vor jedem Essen zu gebrauchenden Waschgelegenheiten und besonderen Erhäumen und die Einführung zweckentsprechend verteilter Arbeitspausen auch für die erwachsenen Arbeiter.

Handwerker und Arbeiter.

Unter dieser Ueberschrift behandelt Wilhelm Bloß in seiner Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849 (Die Deutsche Revolution, Verlag von J. H. W. Dieß in Stuttgart, in etwa 22 Lieferungen à 20 Pf.) die damaligen Bestrebungen der Zunftgeschwämmer wie die der Arbeiter. Wir finden darin, daß die Handwerks- und Zunftmeister heute noch auf dem gleichen Standpunkte stehen wie damals, also nichts gelernt haben, während die Arbeiter wenigstens den Anfang machten, sich auf eigne Füße zu stellen, wenn sie auch, dem damaligen „Geiste der Zeit“ entsprechend, dabei auf mancherlei Abwege gerieten. Das kann uns indessen nicht wundern, wir sehen ja noch heute, wie neulich in diesem Blatte kurz erwähnt, daß eine Menge Arbeiter in den verschiedenen Gruppierungen glauben die „soziale Frage“ lösen zu können, nur dabei vergessen, daß durch ihre Zerstückelung in diese Gruppen sie direkt denen in die Hände arbeiten, welche ein Interesse daran haben, die Arbeiter nicht einig werden zu lassen. Das „Teile und herrsche“ hat von jeher seine Wirkung ausgeübt und übt sie noch heute aus. Doch lassen wir nun die interessanten Ausführungen des Verfassers selbst folgen.

Was in der Arbeiterwelt gährte und nach Durchbruch rang, stieß auf entschiedenen Widerstand bei dem zunftmäßigen Handwerkertum. Von allen Klassen haben die zopftragenden Handwerks- und Zunftmeister im Jahr 1848 die Zeitbewegung am wenigsten verstanden. Wohl hatten sie in vormärzlichen Tagen sich häufig gegen Polizei und Bureautratie aufgelehnt; als aber die ersehnte Freiheit kam, blieben sie mit der hergebrachten Engherzigkeit an ihren Privilegien interessiert hängen. Es glaubten sogar die Revolution benutzen zu können, um alte, längst abgestorbene Einrichtungen neu zu beleben. Sie demonstrierten gegen die Gewerbefreiheit, deren Wesen sie nicht verstanden, weil sie nicht über Nasenlänge hinaussahen. Im April 1848 richteten die Leipziger Zunftmeister einen offenen Brief an alle Zunftgenossen Deutschlands, in welchem sie aufforderten, am Zunfttagessen,

diesem „Kleinode“, feitzuhalten. Sie behaupteten, mit der Aufhebung der Zunftung werde Familie, Haus, Gemeinde, Staat und die ganze Gesellschaft in Trümmer gehen. Auch gegen das allgemeine Wahlrecht wendeten sie sich, denn sie fürchteten, der Meister könne von seinen Gesellen überstimmt werden, so daß schließlich die Gesellen den Meistern Gesetze vorschreiben würden. Dieser lächerliche Dünkel der Meister war verbunden mit einem bornierten Hass gegen die Juden. Die Meister fürchteten von der Emanzipation der Juden eine gefährliche Konkurrenz und darum hatten sie auch bei verschiedenen Judentrawallen des „tollen Jahres“ die Hand im Spiele.

Nüchrig waren die Zunftmeister für ihre Sache, das muß man ihnen lassen. Beim Fünzigjahr-Ausschuß zu Frankfurt am Main lief im April ein Schreiben vom Bremer Tischlergewerk ein, welches den Ausschuß aufforderte, er solle beim Parlamente beantragen, daß es in allen die Handwerker betreffenden Fragen nichts beschließen, „ohne den Rat der Handwerker selbst zu hören“. Das wäre an und für sich ganz vernünftig gewesen, wenn nur die Handwerksmeister selbst vernünftiger Anschauungen gehabt hätten.

Die Bremer Anregung hatte zur Folge, daß in Hamburg in der Tonhalle am 2. Juni 1848 eine „Abgeordnetenversammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbebestandes“ zusammentrat. Der Geist dieser Versammlung war so reaktionär, daß man sogar die Berliner Märzrevolution als eine Wirkung der Gewerbfreiheit darstellte. Man beschloß indessen, auf den 14. Juli nach Frankfurt am Main einen allgemeinen deutschen Handwerkerkongreß einzuberufen, was der Delegierte Selenta aus Braunschweig beantragt hatte. Eine Kommission hatte die Vorarbeiten zu besorgen und diese richtete an das Frankfurter Parlament eine Adresse, dahin lautend:

„1. Wir erklären uns mit der größten Entschiedenheit gegen die Gewerbefreiheit und verlangen, daß dieselbe, soweit sie in Deutschland besteht, durch einen besondern Paragraphen des Reichsgrundgesetzes aufgehoben werde. 2. Wir erklären uns für würdig und befähigt, unsere Angelegenheiten selbst zu ordnen, also auch die Lösung der sozialen Frage (!) selbst zu übernehmen. 3. Wir zeigen dem hohen Parlamente an, daß wir auf grund des Allgemeinen Versammlungsrechtes zum 15. Juli dieses Jahres eine Versammlung von Abgeordneten des Handwerker- und Gewerbebestandes aus dem ganzen deutschen Vaterlande berufen, um einen durch dieselben abzufassenden Entwurf einer Allgemeinen Handwerker- und Gewerbeordnung auszuarbeiten und dem hohen Parlamente vorlegen zu lassen.“

Es fanden sich 166 Delegierte, welche alle die „soziale Frage lösen“ wollten, in Frankfurt am Main zusammen. Unter ihnen befanden sich auch zehn Gesellen und die Herren Zunftmeister trieben ihre alberne Anmaßung und ihren Dünkel so weit, daß sie die Zulassung dieser Gesellen-Delegierten zu den Verhandlungen verweigerten. Sie hießen dieselben nach Hause gehen und dort den Gang der Dinge abwarten; die Meister würden schon selber die Interessen der Gesellen wahrnehmen. Indessen waren die Gesellen nicht so töbrikt, sich der Anmaßung der Zunftmeister zu fügen; sie beriefen einfach einen Gesellenkongreß nach Frankfurt ein. Das war wieder den Meistern sehr unangenehm, die geglaubt hatten, in aller Ruhe die „Lösung der sozialen Frage“ für sich in Anspruch nehmen zu können. Sie wollten darauf den Gesellen beratende, aber nicht beschließende Stimme auf dem Kongreß einräumen und eine besondere „Gesellenkommission“ aus Meistern bilden, wo auch die Gesellen Sitz und Stimme haben sollten. Dafür sollten die Gesellen aber ihren eignen Kongreß aufgeben. Aber die Gesellen lehnten dieses Entgegenkommen nunmehr mit Recht ab und so tagte neben dem Meistertongreß der Gesellenkongreß.

Die Meister spielten sich als gar gemichtige Leute auf und legten sich eine Art Souveränität bei. Dabei kamen die reaktionärsten und konfusesten Anschauungen bei ihnen zum Vorschein. Ein Ausschuß des Kongresses hatte eine gemeinsame Sitzung mit dem volkswirtschaftlichen Ausschusse des Parlaments, die aber zu keinem Resultate führte, weil die Zunftmeister hartnäckig auf der Aufhebung der Gewerbefreiheit bestanden, worauf sich der volkswirtschaftliche Ausschuß natürlich nicht einließ. Die Beschlüsse des Handwerkerkongresses wurden sehr beeinflusst von einem Schriftsteller namens Winkelblech (pseudonym Karl Marlo), der ein entschiedener Gegner des modernen Kapitalismus war. Seine Anschauungen waren ein Gemengel aus halb sozialistischen und zunftlerischen Bruchstücken. Er war ein Gegner der Gewerbefreiheit und begriff nicht, daß diese den Beruf hatte, die Fesseln der alten Zwergproduktion lösen zu helfen, um die für den Bedarf der modernen Gesellschaft erforderliche Großproduktion zu ermöglichen. Er wollte eine „soziale Kammer“ in der alle Berufe vertreten sein und eine soziale Gesetzgebung beraten sollten, die jedem Gesellschaftsglied einen seiner Arbeitskraft angemessenen Erwerb sichern sollte. Winkelblech, der durch seine mit christ-

lich-germanischen Zuthaten verfehene soziale Theorie die Welt vor dem „Kommunismus“ retten wollte, dachte sich seine Sozialverfassung auf einen Verband von Innungen aufgebaut, über denen eine allgemeine deutsche Gewerbetarifausschuss stehen sollte, von der die gesamte Gewerbebegehrung auszugehen und die gleichzeitig mit dem Reichsparlamente zu tagen hatte. Auf diesem Wege hoffte er das Handwerk zu retten. Seine Ausfälle gegen das Kapital zogen ihm heftige Angriffe zu und die liberale Presse bezeichnete ihn als einen Agenten im Solde Englands.

Die Beschlüsse des Handwerkerkongresses richteten sich gegen den Großkapitalismus und gegen das Proletariat zugleich. Winkelschleß Einfluß ist in diesen Beschlüssen deutlich zu erkennen. Die Innung ward obligatorisch verlangt, der Hausierhandel mit „Handwerksartikeln“ sollte verboten, Staats- und Kommunalwerkstätten nicht zulässig sein. Alle Staats- und Kommunalarbeiten sollten an die Innungen verteilt werden. Die Fabriken sollten besonders besteuert sein und nur dem Handwerkerstande selbst sollte der Handel mit seinen Erzeugnissen gestattet werden. Hohe Schutzzölle, Ausfuhrprämien für deutsche Fabrikate und vortheilhafte Handelsverträge sowie die Vertretung der Innungen durch Spezialkammern und die von Winkelschleß vorgeschlagene Allgemeine deutsche Handwerkskammer wurden besonders betont. Schließlich standen auch unentgeltlicher und verbesserter Schulunterricht, gewerbliche Fortbildungsschulen, Hilfskassen und Vorschubbanken und „zweckmäßige Kreditgeße“ auf dem großen Wunschzettel der Herren Innungsmeister.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Parlaments wies diese Forderungen als reaktionär ab und damit hatte er auch ganz recht. Wie mochte man auch die lächerliche Mission hegen, der Produktion wieder die ganze mittelalterliche Innungszwangsjacke anlegen zu können. In dem Spießbürgerthume des Handwerkerkongresses war das kleinbürgerlich-reaktionäre Element repräsentiert, welches jedem entschiedenen Fortschritte mit aller Macht widerstrebte und der großen Freiheitsbewegung wie eine Kugel am Beine hing. Den Arbeitern versperrte diese beschränkten Innungs-Zopfträger den Weg mit der ganzen Angst und Wut, deren solch schöne Seelen fähig sind, wenn sie ihren Neßig und ihr „Standesinteresse“ bedroht glauben.

Der rheinisch-westfälische Gewerbeverein und der „Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“ wirkten ganz in der gleichen Richtung wie der Frankfurter Handwerkerkongress, sie verlangten hauptsächlich hohe Schutzzölle.

Das kleine Handwerk, das damals eine weitaus breitere Masse bildete als heute, wirkte dermaßen auf die Arbeiter ein, daß diese meistens gar nicht zur richtigen Erkenntnis ihrer sozialen Lage kamen. Aber auch die Bestrebungen der Innungsmeister selbst blieben gänzlich ohne Erfolg. Wären ihre Vorschläge wirklich durchgedrungen, so hätte das wenig zu bedeuten gehabt. Die sozialökonomische Entwicklung hätte sich nicht aufhalten lassen und die wuchtige Konkurrenz des Großkapitals hätte die künstlichen und schwächlichen Schranken, die ihr Winkelschleß und Genossen setzen wollten, gar bald hinweggeräumt.

Die Arbeiterschaft machte nur da, wo der Fabrikbetrieb schon ein zahlreiches Proletariat geschaffen hatte, ernsthafteste Versuche, sich zu organisieren und zu emancipieren. Aber sie hatte noch keine Erfahrungen hinter sich und daß sich vielfach eine besagene Unreife zeigte, lag in der Natur der Sache. Man sah eine Menge von Tumulten und Aufständen; man hörte viel Geschrei und Lärm und man vernahm eine Reihe von Forderungen, die aber fast alle nur geeignet waren, die dringenden Bedürfnisse des Augenblickes zu decken. Mit Ausnahme jener Bewegung am Rheine, der ein wissenschaftlicher Sozialismus zu grunde lag, war nirgends ein durchdachter Begriff von den Aufgaben in Gesellschaft und Staat vorhanden. Die Neue Rheinische Zeitung gab sich viele Mühe, Erkenntnis und Wissen in sozialökonomischen Dingen zu verbreiten und den großen gesellschaftlichen Prozeß zu beleuchten. Karl Marx versuchte noch zuletzt, bevor das Blatt der Reaktion unterlag, die Arbeiter in einer trefflichen Abhandlung über das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu belehren. Aber diese Versuche verhallten im Lärme des Tages und die Arbeiter ließen sich wie andere von tönenden Schlagworten, wie „Recht auf Arbeit“, „Organisation der Arbeit“, „Arbeitsministerium“ und dergleichen betören. Dazu kam, daß die Innungsmeister den Arbeitern ihren Zopf anknüpfen wollten, während andererseits auch die Utopisten ihre Zeit gekommen glaubten. Wilhelm Weitling schien zu glauben, die Revolution werde die Menschen in sein Paradies hineintreiben. Er erschien 1848 im Juli in Berlin und gab dort eine Wochenschrift „Der Urwähler“ heraus, die jedoch wegen Mangels an Abonnenten sehr bald einging. Er nahm am demokratischen Kongress im Oktober 1848 zu Berlin teil, konnte aber keinen Einfluß erlangen. Aus Berlin ausgewiesen, ging er nach Hamburg und Altona, wo er Sektionen des von ihm in Nordamerika gegründeten Befreiungsbundes ins Leben rief. Die Polizei vertrieb ihn auch von da und er ging nach Nordamerika zurück.

Die Verfechter des wissenschaftlichen Sozialismus am Rheine faßten die Zeitbewegung ganz anders auf; sie sahen in ihr einen Kampf der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit dem alten Feudalismus und Bureaucratismus. Sie kämpften diesen Kampf mit, mutiger als ihn die Bourgeoisie für sich selber gekämpft hat, denn sie waren sich klar darüber, daß der Weg zur Befreiung des Proletariats durch die moderne bürgerliche Gesellschaft hindurch geht. Darum waren auch die Mitglieder des Bundes der Kommunisten (Kommunisten hier im Gegensatz zu den Bourgeoisozialisten), der seinen geheimen Charakter angelegt hatte, überall in der demokratischen Bewegung thätig, in Berlin, in Breslau, in Nassau, in Hessen usw.; der Gegensatz zwischen ihnen und der rein bürgerlichen Demokratie trat oft scharf hervor. Aber sie thaten alles, um das Proletariat zur Teilnahme an dem großen Kampfe zu bewegen.

Die Arbeiter, von der allgemeinen Bewegung ergriffen, machten, wo sie konnten und wo sie in größerer Zahl beisammen waren, den Versuch, sich zu organisieren und ihre Ansprüche mehr oder weniger zur Geltung zu bringen. Die Spießbürger, die ihnen das Recht dazu absprachen, verhöhrten damals wie heute die „Begehrtheit“ der Arbeiter. In Leipzig führte dies zu einer ganz unerwarteten Erscheinung. Dort hatten sich so ziemlich alle Gewerke, Maurer, Zimmerer, Schuhmacher, Schneider, Buchdrucker, Zigarrenarbeiter und andere vereinigt und hielten Versammlungen zur Beratung ihrer Angelegenheiten ab. Da erschien im Leipziger Tageblatt eine Annonce, die eine Dienstmädchenversammlung auf Palmsonntag ins Kolosseum ausschrieb. Ein Spießbürger glaubte damit die Arbeiterbefreiungen verhöhr zu haben. Aber es kam anders. Es erschienen etwa 300 Dienstmädchen und drei von ihnen nahmen das Wort. Sie schilderten die Ueberlastung der Dienstmädchen, namentlich der Kinder, die hütten und dann noch am Waschtische stehen; von früh 5 Uhr an müßten sie mit einer Butterbemme bis mittags aushalten usw. Ein Beschluß ward nicht gefaßt. Aber der „Spaß“ war mißglückt, denn die Leipziger Bourgeois fanden es nicht iphhaft, sich so in der Oeffentlichkeit geschildert zu sehen. (Schluß f.)

Korrespondenzen.

H. B. Mainz. (Zur Urabstimmung über die Zentral-Krankenkasse.) Alle Mitglieder werden sehr erstaunt gewesen sein über die große Meinungsverschiedenheit, welche sich betreffs Auflösung obiger Kasse unter den Delegierten der Generalversammlung kund gab. Trotzdem jeder wußte, daß mit dem Inkrafttreten der neuen Krankengegenovelle die Kasse als freie Hilfskasse nicht mehr zu halten ist, wurde der Beschluß betreffs Auflösung mit nur sehr geringer Mehrheit gefaßt. Jetzt wird nun laut Statut eine Urabstimmung der Mitglieder vorgenommen, wonach sich vier Fünftel der Mitglieder für Auflösung erklären müssen; daß die Mehrzahl der Mitglieder jetzt, wo unsre Kasse doch nicht mehr von dem Beitritte zur Zwangskasse entbindet, für Auflösung ist, steht für Schreiber dieses fest. Nach erfolgter Abstimmung über Auflösung oder Nichtauflösung hat wieder eine Generalversammlung zu tagen, um zu beschließen, was weiter zu geschehen hat. Das Beste wird sein, nach event. Beschlüsse der Auflösung genau nach dem Statut zu verfahren, d. h. die bis zum Zeitpunkt der Auflösung eingegangenen Verpflichtungen zu decken und den Rest des Kassenvermögens den zur Zeit der Auflösung oder Schließung noch vorhandenen Mitgliedern nach Verhältnis der bezahlten Beiträge unter Abzug der empfangenen Unterstützung auszusuchen. Den Mitgliedern müssen zur Urabstimmung die drei folgenden Fragen klipp und klar vorgelegt werden. 1. Sind Sie für Auflösung der Zentralkrankenkasse und Verfabren mit derselben nach Statut, d. h. vollständige Auflösung. 2. Sind Sie für eine Zentral-Zuschußkasse. 3. Sind Sie dafür, daß die Zentralkrankenkasse in den Gewerbeverein verlegt wird. Schaden würde es auch nicht, wenn darüber abgestimmt würde, ob nach Annahme der vollständigen Auflösung die weiteren Geschäfte seitens des Zentralvorstandes und der Gavourstände bejorgt werden sollen. Das Projekt einer Zuschußkasse ist ein vollständig verfehltes. Dasselbe mutet den Mitgliedern nur noch stärkere Leistung in Hinsicht der Beiträge zu. Denn durch den Meuzetritt in die Zwangskasse haben wir vollständig Erfaß für unsre Zentral-Krankenkasse. Wer es für nötig findet, und zwar speziell die verheirateten Kollegen, sich höher zu versichern, dem ist ja in dieser Beziehung Gelegenheit genug geboten. Also überlassen wir dem Staate mit seiner Zwangskasse, zu der die Prinzipale ein Drittel Beitrag zu zahlen haben, ruhig die Fürsorge für unsere Kranken und reformieren wir durch den Gesamteintritt die Zwangs-Krankenkassen. — Das Projekt, aus der Allgemeinen Kasse während der Krankheit Unterstützung zu zahlen, hat auch seine Bedenken. Erstens bedingt dies ebenfalls eine Erhöhung der Steuerschraube, zweitens würden die Mitglieder,

welche bei irgend einem Streik abtrünnig werden, und die Polizei auf den Hals hegen und wenn letztere zehnmal laut Statut im Unrecht ist und das Statut mit dem Passus „Alle Unterstüßungen sind freiwillig, es hat niemand ein Anrecht darauf“, sanktioniert hat, so wird sie doch Veranlassung zum „Einschreiten“ nehmen. Was nützt es uns, daß, nachdem wir durch irgend eine behördliche Maßnahme in unseren Bewegungen gehemmt wurden und unterlagen, diese von irgend einem Obergericht ein Vierteljahr oder noch später als zu unrecht erlassen erkannt wird? Ich meine, die Arbeiter wären drangaliert genug, um sich derartige Erfahrungen zu nütze zu machen. Bei der Invalidentasse ist es anders, wenn dieselbe in den Gewerbeverein verlegt wird; wer Unterstützung bezieht, darf nicht arbeiten, wenn da irgend ein oder mehrere Streikbrecher etwas verlangen, müssen sie den Löffel oder das Klopffolß hinlegen und dann sind sie bei einem Streik unschädlich, hat sich aber ein Streikbrecher krank geschufet und es gibt während der Krankheit keine Unterstüßung aus dem Gewerbevereine, so verständig sich derselbe mit etlichen „treuen und biederer Seelen“ (Mainzer Schusterjargon), dieselben laufen zur Polizei und diese „beweist“ uns, daß wir zu zahlen haben. Also fort mit der ganzen Krankenunterstüßung von vereinswegen. Stimmen wir deshalb für Auflösung der Zentral-Krankenkasse und das Verfabren mit derselben nach Statut. Ist daselbe geschehen, dann Eintritt in die Ortskrankenkassen was übrigens sowieso nötig ist). Der Beitrag, den wir dort wöchentlich zahlen müssen, beträgt 48 bis 50 Pf. (Prinzipal 24 bis 26 Pf.), dafür haben wir Arzt (auch für die Familie) und Apotheke frei und ein Krankengeld von 12 Mt. die Woche — im großen und ganzen mehr als unsre Zentral-Krankenkasse bietet. Unsere Steuern sind ohnehin für die Mehrzahl der Kollegen, die zum Minimum stehen, zu hoch. Wenn dazu noch eine Zuschußkasse kommt, so sind diejenigen Mitglieder, welche unter dem Tarif arbeiten und nach dem neuen Statut im Gewerbeverein aufgenommen werden dürfen, schwerlich zu halten. Wenn wir die alten Mitglieder behalten und neue dazu gewinnen wollen, dann müssen die Beiträge auf das äußerste beschränkt werden und das kann nur geschehen, wenn wir so wenig Kassen als möglich haben. Deshalb, Kollegen, benutze die Waffe der Urabstimmung und stimme für Wegfall jeder Krankenversicherung durch den Verband!

Kundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Herr August Cossier in Leipzig fordert die Mitglieder der Zentral-Invalidentasse in einem durch die Prinzipalsteitung zur Verbreitung gelangenden Zirkular auf, zwei Anträge zu unterzeichnen, die einer Generalversammlung der eben genannten Kasse unterbreitet werden sollen und die die Tendenz haben, die soeben gefaßten Beschlüsse der Stuttgarter Generalversammlung umzustößen. Das Cossiersche Opus will die Mitglieder glauben und fürchten machen, daß ihnen ihre Rechte verfuimmert werden sollen und daß Vermögen der Invalidentasse zwecklos verloren gehen könnte, indem es bei einer Auflösung der Kasse dem Staate anheimfiele. Die Kollegen können sich wohl denken, daß es nicht entfernt im Sinne der von ihnen gewählten Vertreter zur Generalversammlung und des Vorstandes gelegen hat, ihre Bezugsrechte zu schmälern, noch daß sie so unklug waren, dem Staate Gelegenheit zu geben, das mühsam zusammengesparte Kapital zu konfiszieren. Die Stuttgarter Generalversammlung gab der Invalidentasse ein Statut, unter dem sie weiter bestehen wird bis die Mitglieder anders beschließen. Zu irgend welcher Beunruhigung liegt nicht der mindeste Grund vor. Das Cossiersche Zirkular ist von der Prinzipalsteitung bestellte Arbeit, die letztere will, daß die Invalidentasse ihren Zwecken gemäß, das heißt unabhängig vom Gewerbevereine gestaltet wird, damit sie der versprochenen Kassen-gründung überhoben und die Invalidentasse nicht mehr ein Hindemittel für die Gehlfenorganisation sei. Herr Cossier hat weder ein Interesse noch ein Recht zu seinem Vorgehen. Derselbe ist schon seit Jahren Nichtbuchrunder, seit einigen Wochen Invalid. Als solchem sind ihm wie allen seinen Genossen die Bezugsrechte peinlich gewahrt, auf die Gestaltung der Kasse einen Einfluß auszuüben, steht ihm jedoch kein Recht mehr zu. Wir können daher die Mitglieder der Invalidentasse nur warnen, ihre Unterschrift Herrn Cossier zu geben, besonders da man erst in letzter Zeit allgemein erfahren hat,

welcher Unfug mit derartigen Unterschriften zu Denunziationen getrieben wird!

Vom Berliner Zentralvorstande geht uns noch folgendes Telegramm zu: „Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins versendet ein mit dem Namen Coffer unterzeichnetes Zirkular und Liste zur Unterzeichnung in betreff der Invalidenkasse. Dasselbe ist Denunziationsarbeit, deshalb Vorsicht!“

Die Helv. Typographia veröffentlicht das Statut des Allgemeinen Verbandes für die Schiedsgerichte und das Einigungsamt des schweizerischen Buchdruckgewerbes. Irigendwelche Bemerkungen sind nicht beigegeben. Der „Allgemeine Verband“ ist eine Erfindung der Prinzipale und wurde von der Generalversammlung des Typographenbundes „zur Kenntnis genommen“. Unser Erachtens ist derselbe nur bestimmt, dem letztern ein Bein zu stellen, ihm die Regelung der Arbeitsbedingungen aus den Händen zu nehmen und damit zu einem bloßen Unterstützungsverein zu degradieren. Es sollte bloß eine Organisation der Gehilfen und eine der Prinzipale geben, die sich agitatorisch gegenseitig unterstützen und in Lohn- und anderen Fragen zu verständigen suchen. Alles was darüber ist, das ist vom Uebel.

Industrie und Gewerbe.

Wie seitens der Unternehmer Gesetz und Recht — die ihnen sehr heilig gelten, wenn sie sich gegen Arbeiter kehren — mit Füßen getreten werden, darüber belehren uns die Angaben, die ein Ziegelei-Berufsgenossenschaftler in einer kürzlich in Köln abgehaltenen Delegiertenversammlung dieser Genossenschaft machte. Danach fehlten in den seit der vorigen Delegiertenversammlung revidierten Betrieben bei 30 Proz. die Unfallverhütungs-Vorschriften, bei 33 Proz. die Lohnbücher, bei 35 Proz. die erforderlichen Schutzvorkehrungen. Ferner wurden in einzelnen Betrieben Summen von 10000 bis 31000 Mark als zu wenig nachgewiesene Löhne ermittelt. Die Fragebogen, wonach die Einschätzung von Seiten der Genossenschaft vorgenommen wird, waren bei 50 Proz. unrichtig beantwortet. Der Besitzwechsel wurde nicht angezeigt, die Gräbereien waren meist nicht nach Vorschrift, vielfach wurde sogar noch unterminiert, und die Gefahrenziffer war häufig unrichtig angegeben. Revidiert sind

bisher 4061 Betriebe, somit bleiben noch 8500 Betriebe zu revidieren. 330 Betriebe wurden ermittelt, welche bisher nicht angemeldet waren. Das hat die Herren nicht abgehalten, weidlich auf die Arbeiter zu schimpfen, so z. B. zu behaupten: Die Gesetzgebung wirke demoralisierend auf dieselben. Wenn man unter „demoralisierend“ versteht, daß die Arbeiter mit Hilfe der Gesetzgebung einen offiziellen Einbild in die Sünden ihrer Unternehmer bekommen, dann haben die Herren ja nicht so ganz unrecht!

Die Firma Max Offenbacher (Spiegelfabrik) in Fürth hat das System der schwarzen Listen dahin erweitert, daß sie eine solche mit den Namen von 26 Arbeitern versandte, die angeblich in einen Streik eintreten wollten. Danach ist also schon der bloße Gedanke strafbar.

Vereine, Kassen usw.

Der frühere Kassierer der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler für die Verwaltungsstelle Harburg wurde wegen Unterschlagung von 690 Mk Kassengeldern einschließlic einer früher erkannten Strafe von 6 Wochen, die ihm wegen Unterschlagung von 150 Mk. Doktorgeldern zuerkannt wurde, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Generalversammlung der J. K. K. der Maurer lehnte die beantragte Auflösung der Kasse ab. Für Auflösung stimmten 27 Delegierte (28 wären hierzu nötig gewesen), dagegen 14. Damit fiel auch der Antrag auf Umwandlung in eine Zuschußkasse.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Maurer in Lauenburg endete nach 13wöchentlicher Dauer zu gunsten der Arbeiter; der Lohn wurde von 35 auf 37½ Pf. erhöht und mehrere anderweite Forderungen bewilligt. Der Streik der Maurer in Köslin dauert noch fort — es sind noch 35 Ausstehende am Platz. In Halle stellten die Maurer bei einem Restaurationsbau die Arbeit ein wegen Lohnminderung. Der Unternehmer verzichtete auf den Abzug, entließ aber den vermeintlichen „Anstifter“, infolgedessen wurde die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Von den Glasperlenarbeitern im Jfergebirge sind noch immer gegen 700 ausständig.

In Malborg, Jütland, streifen bei Martin Müller die Hornbrechler, eine Lohnverbesserung fordernd. Der Herr M. dagegen verlangt Austritt aus dem Fachverein und stützt sich dabei auf ev. Bezug aus Deutschland.

Briefkasten.

Sch. in Elberfeld: 1. 622520 (am 1. Dezember 1890); 2. 353270 (im Januar 1891). — Sch. in Pirna: War leider unter andres Manuskript geraten, bitten um Entschuldigung. — M. in Straßund-Schwerin: 1 Mk.

Vereinsnachrichten.

Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker.

Bekanntmachung. Die mit den Abrechnungen pro 1. Quartal noch ausstehenden Gaeue werden um Einfindung derselben dringend ersucht.

Der Vorstand.

Gau Dresden. Der Gautag ist auf den 31. Juli festgesetzt. Anträge sind bis zum 18. Juli an R. Heyde, Königsbrüder Straße 40, einzuzenden.

Westpreußen. Der Gauvorstand setzt sich nach der am 25. Juni vorgenommenen Wahl wie folgt zusammen: Hermann Lemke (Vorst. Graben 69, II.), Vorsitzender; Karl Grabowski (Tischlergasse 56), Kassierer; Felix Peltowski, Schriftführer; Max Kund, Oskar Posner, Franz Dovidkeit, Karl Simons, Beisitzer. Geldsendungen sind bis auf weiteres noch an den früheren Kassierer Max Kund, Kl. Berggasse 8, II., zu senden.

Bezirk Wiesbaden. Die Sezer August Michel aus Wiesbaden, Ernst Tüngethal aus Gotha, Jul. Müller aus Mannheim werden dringend ersucht, ihre Adressen an den Vorsitzenden R. Baumgarten, Luisenplatz 2, gelangen zu lassen.

Lübeck. Um die Adressen des Sezers Chr. Sauer aus Lüneburg und des Korrektors F. Kretschmer aus Blogau wird gebeten. Porto wird vergütet, event. unfrankiert einzuzenden an H. Lehmann, Rahlhorststraße 40, I.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Regensburg. Während meiner Abwesenheit vertritt die Stelle des Reisetasserverwalters der derzeitige Kassierer M. Brombierstäubl, was den Reisenden zur gest. Kenntnisnahme diene. J. Haupt.

Dreispaltige Zeile 25 Bl., Angebote und Gesuche von Stellen sowie Versammlungs-Anzeigen die Zeile 10 Bl.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Bl. — Betrag bei Aufgabe zu entrichten. Offerten ist Freimarte beizufügen.

Buchdruckerei
ohne Konfurr. am Ort, unter äußerst günst. Bedingungen sofort zu vert. E. Padland, Haan (Rhld.) [794]

Für intell. Seher m. 4500 Mk., ev. b. halb. Anzahl., häufig m. litt. Unternehmen in Berlin. Reingew. 2000 Mk. bei weißtünd. Arb. tägl. Off. C. S. 20 Lagernd Postamt 13, Berlin.

Ein mit der Berichterstattung und Redaktion vertrauter Seher wird als Teilhaber gesucht. Offerten mit Angabe des Vermögens unter B. Z. 786 durch die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zum sofortigen Eintritte wird ein in jeder Beziehung durchaus tüchtiger

Schriftseher

namentlich auch in feineren Accidenzarbeiten bewandert, für eine Papierwarenfabrik gesucht. Es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert, welcher beste Empfehlungen zur Seite stehen, und angemessenes Gehalt bewilligt. Offerten unter Nr. 792 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein tüchtiger Schriftseher

in allen Sazarten bewandert sowie erfahren in der Flachstereotypie, sucht sich sogleich oder später nach Berlin zu verändern. Offerten erbeten unter M. K. 774 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Flottter Seher, der schon als Reporter für Gerichts-sitzungen u. Stadtverordnetenversammlungen thätig war, sucht sofort (am liebsten als Inseraten-seher) Stellung. Werte Offerten erbitet W. Wolff, Schriftseher, Roßisch. [799]

Tücht. Maschinenmeister

in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, 27 J. alt, mit einf. sowie Doppelmaschinen, Tiegeldruckpressen u. liegendem Deuzer Gasmotor vertraut, sucht dauernde Stellung. Werte Offerten sub W. Sch. Lange Straße 36, I., Pirna a. E. (Sachsen), erbeten. [798]

Ein verheirateter, in allen Branchen erfahrener

Schriftgießer

welcher über 10 Jahre eine kleinere Hausgießerei selbständig geleitet hat und auch in der Stereotypie bewandert ist, sucht wegen Aufgabe des Geschäftes anderweitig Kondition. Off. beliebe man unter A. F. Nr. 796 an die Geschäftsstelle d. Bl. einzuzenden.

2 Pf.

pro Quadratcent., mindestens jedoch 40 Pf. pro Stück kosten Galvanos nach einzusendenden Originalen; Lieferung jedes Quantums in kürzester Frist.

3 Pf.

pro Quadratcentim. kosten Stereotypplatten; dieselben auf Holzfuß montiert 5 Pf. pro Quadratzoll.

Wilh. Riem, Berlin SW, Ritterstr. 75. Stereotypie, galvanopl. Anstalt. — Etabliert 1879.

Maschinenband, Filze, Waschlaube, Reinigungs-pasta, Schmieröle, Walzenmasse empfiehlt Gutenberg-Haus Franz Franke BERLIN W, Mauerstrasse 33.

Buchdruckerei-Einrichtungen

Mit den praktischsten Maschinen, Schriften, Utensilien usw. liefert, gewissenhaft zusammengestellt ohne jede Verschwendung, in kürzester Zeit und bei bekannter reeller Bedienung das Polygr. Magazin

Paul Härtel, Maschinenwerkstatt und Fach-tischlerei, Leipzig, Inselstr. 8. Komplette Einrichtungen stets am Lager.

Verein Klopffholz, Leipzig.

Sonntag den 17. Juli

Familien-Ausflug

durch die Linie über Ronnewitz nach Döllitz. Sammel-punkt früh ½ 6 Uhr Vereinsbrauerei, Zeltzer Straße. Abmarsch punkt 6 Uhr. [800] Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Gutenberg

Sängerchor d. Vereins Leipziger Buchdruckergehilfen. Sonnabend den 23. Juli 1892, abends 8 Uhr:

Feier des 1. Stiftungsfestes

im Etablissement Bonorand am Rosenthaale. Alle Kollegen sowie die in den Nachbarstädten bestehenden Brudervereine sind herzlichst eingeladen. D. B. [776]

Typogr. Gesellschaft zu Leipzig.

Donnerstag den 14. Juli 1892, abends 8½ Uhr, im Vereinslofale: Vortrag: Ueber englische Accidenzausstat-tung. Gleichzeitig Ausstellung englischer Accidenz-drucke. Gäste haben Zutritt. D. B. [793]

Berlin, Charlottenstraße 79, IV. 1., für B.-M. sehr billiges Logis. (B. 3839) [797]

Der kostenlose Konditions-Nachweis

des Maschinenmeister-Vereins Berliner Buchdrucker be-findet sich zur Zeit in Händen des Herrn Wilh. Timm, Ritterstraße 41, Quergeb., Buchdruckerei, Berlin SW.

Deutsches Buchgewerbe-Museum in Leipzig.

Neu ausgestellt: Jakob von Falke, Rahmen. Eine Auswahl von 50 Tafeln aus der Sammlung des k. k. österreich. Museums. (Anton Schroll & Ko. in Wien.)

Durch die Geschäftsstelle des Corr. ist zu beziehen:

3ehn Wochen Krieg oder Der deutsche Buchdruckerstreik 1891/92. 3. Aufl. Erinnerungsschrift von A. Weiß. 25 Pf. Duden, Orthogr. Wörterbuch 1,60 Mk.